



**Wir wünschen Ihnen ein
gesundes, frohes und erfolg-
reiches Jahr 2013**



3 Jahre Irrweg um die Innenstadt- planung - nun geht es voran!

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger einschließlich aller Stadtverordneten glaubten Ihren Ohren nicht zu trauen, als der Bürgermeister am 26.11. im Schloss verkündete, dass nach Besprechung mit der Verkehrsaufsicht des Kreises auf dem Bleeck kein Kreisel, kein Nichts erforderlich sei. Man könne einen sogenannten "verkehrsberuhigten Geschäftsbereich" errichten, Tempo 20 - alles kein Problem, auch ohne große Baumaßnahmen.

Was eigentlich eine frohe Botschaft war, stieß bei den Stadtvertretern und den Zuhörern im Saal auf ungläubiges Staunen. Wozu hat man sich die letzten Monate und Jahre Gedanken gemacht?

Wozu hat man sich gestritten, z.T. schon zerstritten, Bürgerinitiativen gegründet? Warum wurden Vorschläge, Bedenken, Anregungen von Bürgern abserviert, die allesamt nichts Anderes wollten als eine Zwischenlösung und/oder versuchsweise neue Verkehrsführungen?

Vor allen Dingen aber: Warum wurden zehntausende Euro an Planer und Berater ausgegeben, die sich nun als weitgehend überflüssig erweisen?

Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Wir können nicht recht glauben, dass das alles so sein musste. Irgendwo muss da in unserer Stadtverwaltung, bei der Kreisverkehrsaufsicht oder den Planern etwas ganz gründlich gehakt haben und wir wollen wissen wo.“

Die SPD allein hatte sich bereits im Februar und Mai 2010 massiv gegen die Vergabe von kostenintensiven Verkehrszählungen und -planungen ausgesprochen, die noch vor der Eröffnung der Umgehungsstraße erfolgen sollten. Damit war sie aber im Ausschuss unterlegen. Ähnlich ging es der SPD bei weiteren Aufträgen an den Verkehrsplaner.

Planungsausschussmitglied Jan-Uwe Schadendorf: "Im November 2010 hat der Ausschuss vom Planer die Nachricht bekommen: 'Mit der Verkehrsaufsicht ist zu besprechen, welchen Ausnahmeregelungen evtl. zugestimmt wird: a) Zone 30 :::>

keine Fußgängerüberwege, keine Signalanlagen b) 30 km/h :::> Ausnahmen in besonderen Fällen (z. B. Schulwegsicherung) möglich c) **verkehrsberuhigter Geschäftsbereich (20 km/h)**'. Was ist danach geschehen, dass dann noch zwei Jahre lang geplant und diskutiert wurde, obwohl hier schon die Lösung genannt wurde? Nun wird sie auf einmal als problemlos machbar dargestellt wird."

Die SPD erwartet darauf eine deutliche öffentliche Antwort des Bürgermeisters.

Forts. auf S. 2



Im August 2011 vorgelegter Plan der SPD zur attraktiven touristischen Neugestaltung des Bleek

Zwischenruf:

Schiff ohne Steuermann?

"Rudern ohne Steuermann" so beschrieben kürzlich die Bad Bramstedter Grünen unwiderrspochen den Zustand an der Verwaltungsspitze in unserer Stadt.

Und in der Tat fragt man sich: Was ist hier los? Chaos ist das einzige Wort, das mir zur Informationspolitik der Verwaltung bei der Bleekplanung einfällt. Stadtvertreter und Öffentlichkeit wurden hinsichtlich der verkehrsrechtlichen Möglichkeiten in die Irre geleitet. Vertreter aus allen Fraktionen beklagen schon lange, dass Entscheidungsvorlagen erst 1-2 Tage vor den Sitzungen vorliegen und dann noch häufig mit Fehlern behaftet sind.

Die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker müssen Ratselraten oder sich mehrfach mit ein- und derselben Sache befassen. So musste zuletzt die Satzung zu den Straßenreinigungsgebühren drei Mal beraten werden, weil Rechenfehler in der Vorlage steckten. Auf einer Stadtverordnetenversammlung musste die neue Satzung des Seniorenbeirates zurückgezogen werden. Sie war vorher nicht einmal im zuständigen Ausschuss beraten worden.

Wir müssen langsam die Frage stellen, ob unser Bürgermeister auf zu vielen Hochzeiten tanzt und die Verwaltungsführung darunter leidet.

Wir können nicht erkennen, was Bad Bramstedt von seinem Engagement außerhalb der Stadt hat. Bitte erst einmal die Pflicht im Rathaus, dann die Kür - wo auch immer!

Bodo Clausen

Hohes Risiko für kleinen Vorteil -
SPD deckt riskante Finanzgeschäfte auf

Behält die Stadt den Schweizer Franken Kredit noch lange in den Büchern?

Als der SPD-Stadtverordnete Jan-Uwe Schadendorf Ende Oktober im Finanzausschuss die Frage stellte, was es denn mit dem Kredit in Schweizer Franken auf sich habe, der als kleine Fußnote in den Berichten der Verwaltung auftauchte, wollte er als Bänker eigentlich nur hören, dass dieser Kredit gegen Wechselkursrisiken abgesichert sei.

Das Gegenteil war der Fall und trieb auf der Sitzung ihm und seinem Kollegen Stefan Brumm von der CDU das Erstaunen, wenn nicht Entsetzen ins Gesicht - und der Stadtverwaltung vertrieb es jede Gesichtsfarbe.

Zurecht, denn hier ist die Verwaltung in Wechselkursrisiken gegangen, die die Bürger dieser Stadt nach derzeitigem Stand rund 300.000 EUR kosten könnten - das kann mehr aber auch weniger werden, wie das bei Wechselkursen nun einmal so ist.

"Man habe die günstigen Schweizer Zinsen nutzen wollen. Dass der Euro so an Wert verliert, konnte man nicht erwarten", war die Antwort des Kämmers und seines Chefs.

Die SPD forderte die Prüfung dieses Vorganges durch die Kommunalaufsicht und in der Antwort finden sich zwei bemerkenswerte Feststellungen. Die Aufsicht rät dringend dazu - was hier nicht geschehen ist - den Finanz- und den Hauptausschuss in solche Entscheidungen einzubinden, weil "aufgrund fehlenden Sachverständnisses eine abschließende Beurteilung des wirtschaftlichen Risikos durch die Verwaltung nicht erfolgen kann". Welch spätes Erkenntnis!

Und bei der Prüfung, ob gegen den Erlass zum sogenannten Bodensatz der Kassenkredite verstoßen worden ist, schreibt die Kommunalaufsicht nach mehreren abwägenden Formulierungen schlussendlich "Insofern liegt ein Verstoß gegen diesen Erlass vor."

Der Bürgermeister kommentierte das mit den Worten, dass dieser Verstoß auch in vielen anderen Kommunen passiert sei.

Das mag richtig sein, nur nicht viele andere Kommunen haben sich mit Schweizer Franken verspekuliert.

Der Finanzausschuss hat nun empfohlen, aus dem CHF-Kredit auszusteigen.

Schnell wird das kaum geschehen können, weil die Stadt derzeit das Geld für die 300.000 EUR Schaden nicht hat und neu als Kredit aufnehmen müsste.

Lösen muss das der Bürgermeister mit seiner Verwaltung.

Tragen muss den vermutlichen Schaden die gesamte Bad Bramstedt Bürgerschaft, weil die Kommunalaufsicht keinen justiziablen Rechtsverstoß feststellt.

Ein Bürgermeister (genau gesagt: sein Stellvertreter von der CDU) und ein Kämmers meinten, sie müssten mal auf den Finanzmärkten mitmischen - zum Wohle der Stadt. Motto: Es war doch alles nur gut gemeint.

Nur: "Gut gemeint, ist nicht gut gemacht!"

Rückblick: Wie entstand das Jugendzentrum?



Bad Bramstedt. In der ersten Ausgabe des Rund um den Roland (1976) war dieses Foto zu sehen. Jugendliche wollen einen Sozialarbeiter für das Jugendzentrum haben.

Anfang der 1970er gab es sehr aktive Jugendgruppen in Bad Bramstedt, u.a. Jugendrotkreuz, Jungphilatelisten, Junge Union, Jungsozialisten, Deutsche Jugend des Ostens. Alle suchten nach Raum, und vor allen Dingen suchten auch die nicht organisierten Jugendlichen danach. Das Bedürfnis führte schließlich am 9.11.1973 zur Gründung eines Vereins "Aktion Jugendzentrum eV", der sich die Schaffung eines solchen Jugendzentrums auf die Fahnen schrieb. (erster Vorstand: Werner Weiß, DRK; Edith Wulf, Realschullehrerin; Hans-Jochen Leupelt, Junge Union; Ernst Götsche, SPD; Horst Hüseler, Gymnasiallehrer). Das Thema wurde überparteilich getragen, und nach der Kommunalwahl 1974 Jan-Uwe Schadendorf:

Straßenreinigung: Kosten gerecht verteilen!

Im nächsten Jahr steigen erneut die Gebühren für die Straßenreinigung - auf mehr als das Doppelte für den Sommerdienst.

Verteilt werden diesen Kosten in Bad Bramstedt nach dem sogenannten Quadratwurzelmeter, d.h. es wird so getan, als ob alle Grundstücke quadratisch wären.

Im Ergebnis werden z.B. Reihenhäuser statt mit 6-7 Metern tatsächlicher Straßenfront mit 15-18 Metern belastet, je nach Grundstücksgröße.

Fortsetzung von Seite 1:

Nebenden Diskussionen und Planungskosten sind der Stadt durch die Verzögerungen wahrscheinlich auch noch Möglichkeiten bei der Tourismusförderung aus EU-Mitteln 'durch die Lappen' gegangen.

Um dafür Anträge stellen zu können, hatte der Bürgermeister (mit Einverständnis der SPD) für 30.000 EUR ein Tourismusgutachten erstellen lassen. Wegen unfertiger Pläne zur Innenstadt verstrichen dann jedoch die Fristen, um an nennenswerte Mittel heranzukommen mit denen man - so das Ziel - die Aufenthaltsqualität an und um den Bleek hätte verbessern können.

Die SPD ist sehr unzufrieden mit diesen gesamten Vorgängen und fragt sich, wie die Stadtverwaltung geführt wird (s. Kommentar auf Seite 1).

Auf der anderen Seite gibt es aus Sicht der SPD keinen Grund, das Ergebnis zu beklagen. Es sei nun eine Umgestaltung des Bleecks

erwarb die Stadt das ehemalige Blumengeschäft neben dem Schloss "als Provisorium". Dann gab es monatelange Konflikte um das Konzept und die personelle Ausstattung des Jugendzentrums. Die Presse 1974/76 war voll davon. Eine Initiativgruppe Jugendzentrum kämpfte für eine regelmäßige Öffnung und protestierte im Dezember 1975 in der Stadtverordnetenversammlung (Foto) ... und wurde vom Bürgervorsteher des Saales verwiesen. Das blieb eine Episode, letztendlich hatten die Initiativgruppe und die Aktion Jugendzentrum Erfolg und brachten das Jugendzentrum nach holprigem Anfang auf die Spur.

Es wurde ein Jugendzentrum im wesentlichen für die freie Jugendarbeit, so wie es sich die Initiativgruppe vorgestellt hatte.

Heute ist das Jugendzentrum selbstverständlicher Teil unserer Stadt. Das Team um Christine Daue macht einen tollen Job!

Damit zahlen drei Reihenhäuser so viel wie ein 2.500qm großes Mehrfamilienhausgrundstück. Das wollte die SPD kürzlich ändern, scheiterte aber an einer Mehrheit aus CDU und Grünen. Wir wollen hin zum Frontmeter, also der Grundstücksbreite an der Straße, wie es in Rechtskommentaren auch empfohlen wird.

Im nächsten Jahr wird die SPD dazu einen neuen Anlauf nehmen. Vielleicht mit neuen Mehrheiten nach der Kommunalwahl.

mit geringem Aufwand möglich und die Kreisverkehrsaufsicht hat der Stadt erfreulicherweise längere Testphasen eingeräumt, neue Verkehrsführungen und -regeln einzurichten.

Bodo Clausen: "Im Jahr zwei nach Eröffnung der Umgehungsstraße soll endlich für unsere Bürgerinnen und Bürger erlebbar werden, dass die Innenstadt von dieser Straße profitieren soll."

Deshalb wird die SPD für 2013 Mittel im Haushalt bereitstellen, um die neuen Verkehrslenkungen einzurichten und z.B. eine zweite Zufahrt zur Platzfläche auf der Westseite des Bleecks zu schaffen.

Impressum:

Herausgeber: SPD Bad Bramstedt. V.i.S.d.P.: Jan-Uwe Schadendorf,
Am Kapellenhof 3 a, 24576 Bad Bramstedt.
Auflage: ca. 10.000 Exemplare
Rund um den Roland
erscheint seit 1976 1-4 mal jährlich

Bodo Clausen:

Jugend fördern, Jugend einbinden

Zum Ende der Wahlperiode ist festzustellen: Unsere Zusagen im Wahlprogramm 2008 zur Unterstützung und Förderung der Jugendlichen in Bad Bramstedt haben wir eingehalten. Über unseren andauernden engagierten Einsatz für ein modernes Schulangebot und bedarfsgerechte Kinderbetreuung hinaus, haben wir gemeinsam mit anderen erreicht, dass der Bestand und die personelle Besetzung des Jugendzentrums (s. S. 2) gesichert sind. An allen Schulen unserer Stadt ist mittlerweile Schulsozialarbeit fest verankert. Hier können sich auch Schülerinnen und Schüler helfen und beraten lassen. Erstmals

gibt es als Interessenvertretung unseres Nachwuchses seit dem Frühjahr einen gewählten Jugendbeirat. Seine - noch - wenigen tatkräftigen Mitglieder wollen wir nach Kräften unterstützen, ihre Rechte sollen ausgebaut werden. Und natürlich ist es selbstverständlich, dass wir die Verbände und Vereine, in denen auf vorbildliche und vielfältige Weise aktive Jugendarbeit im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich geleistet wird, fördern. Hierzu gehören die jungen Leute vom DRK genauso wie die Helfer von der Jugendfeuerwehr. Es darf auch nicht in Frage gestellt werden, dass alle drei Jahre ein

Beitrag aus dem Stadtsäckel zur Verfügung gestellt wird, wenn sich junge Menschen aus ganz Europa zum Musikfest bei uns treffen. In einem Kraftakt wollen wir nun auch die Sportanlagen so modernisieren, dass auf dem Schäferberg die enorm wachsende Zahl jugendlicher Kicker seltener vor gesperrten Plätzen stehen muss.



Klaus-Dieter Hink:

Müssen wir unsere Auen verstecken ?

Es gibt Momente, in denen man selbst als Kommunalpolitiker an den Rand der Verzweiflung kommt. Wir verbringen einen großen Teil unserer Freizeit

mit langen Diskussionen um den sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Manchmal geht es um große Dinge, manchmal um wirklich kleine Summen, wo man sich fragt, warum entscheidet die Verwaltung, der Bürgermeister, das nicht selbst. Eine dieser Diskussionen ging lange darum, ob die Brücke von der Mühleninsel zum Freibad wegen der Kosten überhaupt wieder hergestellt werden könne. Seniorenbeirat und andere Bürger sammelten Geld, um es doch zu ermöglichen. Eine tolle Leistung. Nun wird plötzlich von einem Tag auf den anderen keine 50 Meter entfernt die Mühlenbrücke total erneuert und mit Unmengen Holz (und damit Geld) vernagelt wie bei einer Sichtschutzwand, ohne dass ein Kommunalpolitiker überhaupt gefragt wurde. Ehrlich gesagt, da fühle ich mich veralbert. Ich frage: Wozu machen wir Tourismuswer-

bung, wenn wir den Anblick unserer schönen Auen so verbrettern.

Aber ich befürchte, es wird wieder ohne Konsequenz bleiben. Denn wieder einmal erklärt uns unser Bürgermeister wortreich, dass das alles so ganz richtig und ganz normal wäre.



Arnold Helmcke:

Bad Bramstedts Feuerwehr ist eine Klasse für sich!

"Bad Bramstedts Feuerwehr ist einfach Klasse", mit diesen knappen Worten kommentiert Arnold Helmcke, SPD-Stadtverordneter und stellvertretender Bürgermeister, die gute Aufstellung der Freiwilligen Feuerwehr in der Rolandstadt. "Mit über 160 Einsätzen in einem Jahre wird dort eine große Leistung vollbracht."

Besonders lobt Helmcke die gute Jugend- und Nachwuchsarbeit, die Bad Bramstedt im Unterschied zu vielen anderen Orten noch frei von Nachwuchs- und Besetzungssorgen sein lässt.

"Das ist ein großes Verdienst aller Kameraden der Wehr, die sich dort fast täglich ein-

bringen." Für die Bad Bramstedter Sozialdemokraten ist es daher selbstverständlich, den langen aufgeschobenen Anforderungen und Erfordernissen bei der Feuerwehr im kommenden Jahr Rechnung zu tragen. Ein fast siebenstelliger Betrag wird für die Aufgaben der Feuerwehr investiert.

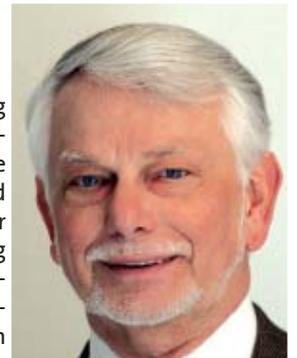
Arnold Helmcke: „Die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges und die schon lange anstehenden Umbauarbeiten am Gerätehaus schlagen in diesem und den folgenden Jahren mit rund 900.000 Euro zu Buche. Eine Investition, die wir leisten zur notwen-

digen Sicherung des Brandschutzes für unsere Bürgerinnen und Bürger, die aber auch gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für unsere erfolgreichen und sehr engagierten Kameraden der freiwilligen Feuerwehr erleichtern soll.“

Weitere Infos zur Feuerwehr: www.rolandfeuerwehr.de

und Vergabesystems vorgeschlagen, das mehr Transparenz sowie Effizienz für Eltern, Träger, Verwaltung und Politik bringen soll. Deutschlandweit gibt es bereits viele Kommunen, die über sehr positive Erfahrungen mit einem solchen System berichten. Wir hoffen sehr, dass auch die anderen Fraktionen, die unserem Prüfauftrag zugestimmt haben, bei dieser Linie bleiben, denn natürlich wird die Einrichtung eines zentralen Systems auch Geld kosten, allerdings wird es auch viel Geld und Frust sparen.

Es geht um eine moderne und zukunftsgerichtete Familienpolitik mit ausreichendem Angebot an guten Kinderbetreuungsplätzen und transparenter und planbarer Vergabe. Dann wird Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein echter Standortfaktor unserer Stadt sein.



Brigit Albrecht:

Alle Jahre wieder

beschäftigen wir uns in den Gremien mit dem Thema Kindergartenbedarfsplanung. Alle Jahre wieder dauert es Monate, bis wir von den Trägern und aus der Verwaltung verlässliche und

aussagekräftige Zahlen bekommen, mit denen man halbwegs planen kann. Das jetzige Anmelde-, Planungs- und Vergabesystem ist intransparent und unbefriedigend. Junge Familien müssen häufig endlos lange warten, bis sie eine Platzzusage erhalten und können oftmals dem Arbeitgeber keine verlässliche Auskunft über den Wiedereinstieg in den Job geben. Dass Plätze nicht nur zu Beginn des sogenannten Kitajahres benötigt, sondern auch ganzjährig nachgefragt werden, versteht sich eigentlich von selbst, findet bei der bisherigen Planung aber immer noch viel zu wenig Beachtung. Eine bedarfs- und nachfragegerechte Versorgung mit Kitaplätzen kann nach Ansicht der SPD-Fraktion aber auch ganz anders aussehen. Dafür haben wir im letzten Sozialausschuss die Prüfung eines Internet-basierten Anmelde-



die Prüfung eines Internet-basierten Anmelde-

Für Sie nach Berlin: Karin Thissen

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Weihnachten ist gerade vorbei und ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns.

Im Mai hat die SPD, zusammen mit den Grünen und dem SSW, die schwarz-gelbe Koalition in Schleswig-Holstein abgelöst.

Nun wollen wir, im September 2013, in ganz Deutschland einen Politikwechsel einleiten.

Am 10. November wurde ich von der SPD im Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen-Süd zur Kandidatin für die Bundestagswahl 2013 aufgestellt.

Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe vier Kinder. Ich arbeite als Tierärztin in der Lebensmittelüberwachung und in der eigenen Praxis für Tierverhaltensmedizin.

Die Grundlagen der politischen Arbeit habe ich in der Kommunalpolitik gelernt. Seit 2008 bin ich Ratscherrin in Itzehoe. Als Vorsitzende des Rechnungsprüfungs-, Eingabe- und Beschwerdeausschusses setze ich mich insbesondere gegen



Amtsmissbrauch und Korruption im öffentlichen Dienst ein.

Im Bundestag möchte ich mich, neben den wichtigen SPD-Themen Rente, Regulierung der Finanzmärkte und Mindestlohn, vor allem für gesunde Ernährung, Tierschutz und erneuerbare Energien einsetzen. Einzelheiten zu meinen politischen Zielen, aber auch zu mir persönlich finden Sie unter www.karin-thissen.net.

Ich freue mich jetzt schon darauf, Sie nächstes Jahr, bei politischen Veranstaltungen oder beim „Straßenwahlkampf“, kennen zu lernen. Ich möchte in Berlin Ihr politisches Sprachrohr werden. Daher interessiert mich Ihre Meinung und Ihre Ideen für unsere Zukunft.

Ich wünsche Ihnen ein gesundes und glückliches Jahr 2013.

Ihre

Karin Thissen

Am 26. Mai 2013 ist Kommunalwahl

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



das Jahr 2013 wird für uns Schleswig-Holsteiner ein Wahljahr und bringt uns die Kommunalwahl im Mai sowie die Bundestagswahl im September.

Beides Ereignisse, denen wir nach den Ergebnissen der letzten Wahlen in der gesamten Republik mit großer Spannung und Zuversicht entgegenschauen.

Die SPD hat in Vorbereitung auf die Bundestagswahl im September bundesweit mit der Aktion „Bürger-Dialog“ begonnen und sich auf diversen mitgliederoffenen Veranstaltungen gefragt, „was muss in Deutschland besser werden“.

Dafür verteilte Umfragekarten sollen in Berlin in Convents mit Bürgern ausgewertet werden und Einzug in das Wahlprogramm der SPD halten - für die Aufhebung des

Betreuungsgeldes, für gerechte Bildungschancen, für gerechte Löhne, für eine angemessene Alterssicherung usw..

Auch die Bad Bramstedter SPD hat auf mehreren Wochenmarktständen diese Form der Bürgerbeteiligung umgesetzt – ständige Wochenmarktbesucher werden uns sicher auch ansonsten regelmäßig auf dem Wochenmarkt angetroffen haben.

Dabei sammelte die SPD zudem vielfältige Anregungen aus der Bürgerschaft für die Politik in Bad Bramstedt.

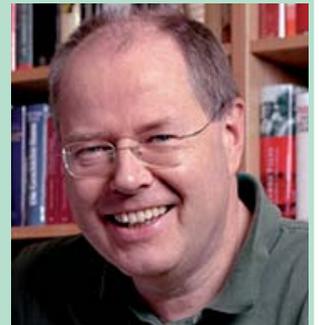
Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten werden nun auf einer Mitgliederversammlung Ende Januar ihr Wahlprogramm für die Kommunalwahl basisdemokratisch beraten und in zeitlich anschließenden Arbeitsgemeinschaften ausformulieren. Dazu ist nicht nur jedes Mitglied herzlich eingeladen, sondern auch interessierte Bürger, die bei der SPD hineinschnuppern möchten.

Termine werden in der örtlichen Presse und im Internet bekannt gegeben unter der Homepage www.spd-bb.de.

Wer Interesse hat, sich bei der Kommunalwahl und der SPD einzubringen, kann sich melden per Telefon unter der Rufnummer 1554 oder per Mail an mail@spd-bb.de.

Zuruf:

Du machst es, Peer!



Lieber Peer,

wir gratulieren Dir zu Deinem tollen Ergebnis bei der Wahl zum Kanzlerkandidaten der SPD. Über 93 % Zustimmung! Klasse, und das bei der schlechten Presse der Wochen zuvor.

Apropos Presse und die vielen Nachrichten zu Deinen Vorträgen. Zugegeben, wir begreifen nicht so richtig, welche Summen in diesem Markt für Vorträge gezahlt werden. Einfach horrend! Aber wenn dem so ist, warum schilt man einen SPD-Mann für 's Geldverdienen? Es scheint die Devise zu gelten:

Nur arme Sozialdemokraten, sind richtige Sozialdemokraten.

Nun ja, wir hatten schon mal Zeiten, da hieß es: Nur tote Sozialdemokraten sind gute Sozialdemokraten.

Die SPD hat auch das überstanden. Sorry, kleiner Ausflug in die Geschichte. Zurück zu Dir, Peer.

Wir haben Dich als Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein erlebt und auch bei uns in Bad Bramstedt zu Gast gehabt. Du hast damals ein tollen Job gemacht. Darum: Wir sind dabei, wenn Du um das Amt des Kanzlers kämpfst. Wir wissen, was wir an Dir haben.

Deine Bramstedter Sozis

200 Jahre SPD Mitgliedschaften

Bad Bramstedt. Traditionell ehrt die Bad Bramstedter SPD auf ihrer Weihnachtsfeier diejenigen Mitglieder, die der Partei seit vielen Jahren angehören. So war es auch in diesem Jahr am 21.12. im „Kaisersaal“. Und dieses Mal war es etwas ganz Besonderes: Gleich fünf Mitglieder können auf jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken ... also Eintritt in der Zeit Willy Brandts. Es sind Bodo Clausen (heute Fraktionsvorsitzender), Peter Heinlein (langjähriger Ortsvereinsvorsitzender), Jutta Märker, Karsten Heide und Heinz Retslag. Der heutige Ortsvereinsvorsitzende Klaus-Dieter Hinck dankte den Jubilaren für ihre langjährige Mitarbeit und Treue zur Partei.